



27.09.2022 – 14:00 Uhr

Steigende Energiepreise: Regierung setzt Taskforce ein

Vaduz (ots) -

Die schon seit längerem angespannte Situation auf den Energiemärkten hat sich infolge der Auseinandersetzungen in der Ukraine weiter zugespitzt und führt zu massiven Steigerungen bei den Energiepreisen. Die hohen Preise signalisieren Knappheit und veranlassen die Bevölkerung und die Wirtschaft zum Energiesparen und zu Effizienzmassnahmen. Der damit einhergehende Lenkungseffekt hilft gleichzeitig, eine ernsthafte Versorgungsmangellage zu vermeiden.

In Liechtenstein haben sich die Endkundenpreise für Gas verglichen zum letzten Jahr bereits verdoppelt. Eine weitere Erhöhung ab 1. Oktober 2022 wurde von der Liechtenstein Wärme (vormals Liechtensteinische Gasversorgung) angekündigt. Ebenso sind die Preise für Heizöl, Treibstoff, Pellets, Holz und Fernwärme gestiegen. Die Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW) haben trotz massiv gestiegener Marktpreise bislang keine Strompreiserhöhungen vorgenommen mit der Folge, dass die LKW im Jahr 2022 Verluste von einem zweistelligen Millionenbetrag verzeichnen werden. Die LKW haben daher auf 1. Januar 2023 sowohl für Privathaushalte als auch Unternehmen erhebliche Strompreiserhöhungen angekündigt.

In Liechtenstein und der Schweiz ist der Anteil der Energiekosten bei den Haushaltsbudgets der Privathaushalte deutlich geringer als in anderen europäischen Ländern. Auch haben viele liechtensteinische Unternehmen bereits Massnahmen unternommen, um ihre Energieeffizienz zu erhöhen. Allerdings können die hohen Energiepreise einkommensschwache Haushalte sowie energieintensive Unternehmen in finanzielle Schwierigkeiten bringen. Die Regierung hat eine Taskforce "Energiepreise" unter der Leitung des Ministeriums für Inneres, Wirtschaft und Umwelt eingesetzt, um die Auswirkungen der steigenden Energiepreise auf die privaten Haushalte und die Unternehmen zu analysieren sowie mögliche Massnahmen zur vorübergehenden Abfederung zu evaluieren. Die liechtensteinischen Wirtschaftsverbände sind in diesen Prozess eingebunden. Bis Ende Oktober 2022 wird ein erster Zwischenbericht vorgelegt.

Mit dem "Aktionsplan Energie 2022" hat die Regierung bereits eine Reihe von Massnahmen zur Bewältigung der Energiekrise umgesetzt. Dazu gehören die Schaffung entsprechender Gasreserven, Förder- und Beratungsprogramme zur Steigerung der Energieeffizienz sowie die kürzlich lancierte Energiesparkkampagne "Häsch #DRADENKT". Weitere Informationen finden sich auf der Sonderseite Energieversorgung (www.regierung.li/sonderseite-energieversorgung).

Pressekontakt:

Ministerium für Inneres, Wirtschaft und Umwelt
Markus Biedermann, Generalsekretär
T +423 236 60 09

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000148/100895598> abgerufen werden.